



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bereich monatlich 1,66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Heubühlweg 14, Stuttgart. — Postkonto: Enztalbote Gb. & Co., Wildbad; Pfalzberger Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postkonto 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober dem Raum im Betrag 50000 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinanzeige 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anfertigung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., B. Rheinstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 97

Februar 479

Mittwoch, den 27. April 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Die Lage in Preußen

Weltanschauungen statt Sonderinteressen

Berlin, 26. April. Das preussische Kabinett ist heute zusammengesetreten, um zu dem Wahlergebnis Stellung zu nehmen. Der Beschluß ist noch nicht bekannt, in politischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß das Kabinett, wie bereits angedeutet, die Geschäfte bis über die Mitte des Monats Juni weiterführen sollte, mit der Begründung, der Rücktritt des Kabinetts könne nur dem Präsidenten des neuen Landtags abgegeben werden, der kaum vor dem Juni gewählt werden könne. Die preussische Verfassung sieht vor, daß der Landtag (der jetzige erreicht formell am 20. Mai sein Ende) auch vor Ablauf der letzten Frist durch das „Dreimännerkollegium“ — Ministerpräsident, Landtagspräsident und Staatsratspräsident — aufgelöst werden kann. Einer der drei Männer, der Zentrumsabgeordnete Dr. A d e n a u e r, Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Staatsrats, hat nun erklärt, daß eine vorzeitige Landtagsauflösung nicht ins Auge gefaßt sei, ebensowenig werden Braun und L ö b e dafür sein. Es dürfte also zunächst bei einer Geschäftsregierung bleiben.

Inzwischen wird überreichlich Zeit für Koalitionsverhandlungen sein, wofür bis jetzt die vorsichtige Äußerung von Seiten des Zentrums und eine entschiedene Erklärung der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz vorliegen. Auf ausgedehnte Koalitionsgespräche wird man sich hienach schon gefaßt machen müssen. Wie man hört, ist für den Posten des Landtagspräsidenten der Abgeordnete K u b e vorgesehen, während Abg. Gregor Strasser Ministerpräsident werden soll. Ferner rechnet man damit, daß Adolf Hitler unter Hinweis auf das Ergebnis der Preußenwahlen dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags nahelegen wird, in dem allerdings die gegenwärtigen Regierungsparteien, gemessen an den letzten Landtagswahlergebnissen, stark in die Minderheit gekommen sind. Auch in den Beratungen des Ältestenrats des Reichstags werden die nationalsozialistischen Mitglieder einen Vorstoß in dieser Richtung machen.

Für Preußen ist die Lage nun so: In den Wahlen am 24. April haben die Nationalsozialisten allein fast ebensoviel Stimmen erhalten als die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten) zusammen. Mit den Deutschnationalen besitzt die Rechte über eine Million Stimmen mehr als die bisherigen preussischen Regierungsparteien. Zählt man die Stimmziffern der gesamten bisherigen Rechtsopposition in Preußen, also aller Parteien rechts vom Zentrum ohne die Staatspartei, so ergibt sich eine Zahl von rund 10,5 Millionen Stimmen, also über zwei Millionen Stimmen mehr als die Weimarer Koalition.

Wenn man schärfer hinsieht, wird man die Tatsache feststellen müssen, daß sich in Deutschland eine ganz neue Formung des politischen und parlamentarischen Lebens abzuzeichnen beginnt, die in drei großen Gruppen in die Erscheinung tritt: Marxisten, Zentrum und Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen. Das Kennzeichen der letzten Wahlen ist die Katastrophe der bürgerlichen Mittel- und Linksparteien. Nur die Deutschnationalen haben sich daneben als selbständige Partei behauptet, wenn auch ebenfalls mit beträchtlichen Verlusten. Und diese Entwicklung lehrt, daß es bei den Wahlen wieder um Weltanschauungen geht und nicht nur um die Geschäfte von Interessentengruppen. Die Wahlen gewinnen also an moralischem Wert. Zwischen dem Internationalismus und dem Nationalismus der Rechten steht das Zentrum, und es wird sich nun zu entscheiden haben, welcher Seite es zuneigen will. Entscheidet es sich für die Rechte, so wird auch die Sozialdemokratie nach einem krisenhaften Rückgang in ihrer Haltung wahrscheinlich nationaler werden.

Sehr viel wird dabei darauf ankommen, wie sich die Reichsregierung einstellt und ob sie bei der Entwicklung der Dinge und der Umschichtung der Wählermassen die Führung übernehmen will. Nur so wäre wahrscheinlich die in der Luft liegende Auflösung des Reichstags, dessen Zusammenlegung, wie die Landtagswahlen namentlich in Preußen klar erwiesen haben, der Volksstimmung längst nicht mehr entspricht, noch zu umgehen.

Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten?

Berlin, 26. April. Wie die D.N.Z. berichtet, ist anzunehmen, daß die ersten Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die Möglichkeiten einer Neuordnung der preussischen Verhältnisse bald in Fluß kommen. Die erste Anfrage der Nationalsozialisten, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei, sei schon gestern bei der preussischen Zentrumsfraktion erfolgt. Mit den Verhandlungen dürfte schon in den nächsten Tagen zu rechnen sein. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Prälat K a a s, werde sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben und, wie

Tagespiegel

Die Ankunft des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen wird für Mittwoch früh 5 Uhr erwartet.

Im Ältestenrat wurde der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstags nur von den Antragstellern befürwortet; er wird daher vom Reichstag sicher abgelehnt werden.

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß am Dienstag, gemäß dem Vorschlag der Regierung den Reichstag für den 9. Mai zu einer etwa vierstündigen Tagung einzuberufen, in der die erste Lesung des Reichshaushaltsplans erledigt werden soll.

Dem Reichstag liegen zur Zeit 217 Anträge vor, in denen von Verichtsbehörden die Aufhebung der Immunität von — meist kommunistischen und nationalsozialistischen — Abgeordneten verlangt wird.

Das endgültige Wahlergebnis in Preußen ist nach einer Mitteilung des Wahlleiters erst in 10 oder 12 Tagen zu erwarten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich für die eine oder andere bürgerliche Partei noch eine Mandatsvermehrung ergebe, weil in mehreren Wahlkreisen nur verhältnismäßig wenige Stimmen zur Erlangung eines weiteren Mandats fehlen. Die Gewählten haben dann binnen 14 Tagen sich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Das Polizeipräsidium in Braunschweig hat bis auf weiteres alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel in der Stadt Braunschweig verboten. Unter das Verbot fällt eine für Mittwoch geplante sozialdemokratische Kundgebung, in der der italienische Sozialist Corti sprechen sollte.

Der Gewerkschaftsring hat an den sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags die dringende Forderung gerichtet, daß bei der Beratung des Regierungsentwurfs zur Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen weitere Gehalts- und Lohnkürzungen vermieden werden.

Am der Obermosel ist in der Nähe von Rehlingshof ein französisches Militärflugzeug notgelandet; der Flieger wurde festgenommen.

aus nationalsozialistischer Quelle verlautet, werde auch Adolf Hitler demnächst in Berlin erwartet. Welche Bedeutung man im Zentrum den neuen preussischen Entwicklungsmöglichkeiten beimesse, gehe daraus hervor, daß Anfang Mai ein außerordentlicher Parteitag des preussischen Zentrums geplant sei.

In Zentrumskreisen wird dem Nachrichtenbüro des V.D.Z. gesagt, das Zentrum werde nicht instande sein, einen von Adolf Hitler benannten Nationalsozialisten ohne weiteres als Ministerpräsidenten anzunehmen. Gegen Gregor Strasser als preussischen Ministerpräsidenten habe man wegen der bayerischen Abstammung gewisse Bedenken. Eine offizielle Stellungnahme zu dieser ab jeder anderen Kandidatur lehne das Zentrum zur Zeit ab. Bei der Bekräftigung des Landtagspräsidentiums werde das Zentrum nach dem parlamentarischen Brauch verfahren. Es würde aber nur für einen Nationalsozialisten als Präsidenten stimmen können, wenn die Nationalsozialisten gemäß dem parlamentarischen Brauch nicht die Wahl des von den Sozialdemokraten zu stellenden 1. Vizepräsidenten unmöglich machen.

Unterstützung durch die Kommunisten

Berlin, 26. April. W.T.B. meldet, die Kommunistische Partei werde mit allen Mitteln die Bildung einer nationalsozialistischen Regierung zu verhindern suchen und zunächst dagegen stimmen, daß die kürzlich von der alten Landtagsmehrheit beschlossene Abänderung der Geschäftsordnung vom neuen Landtag wieder aufgehoben werde. Danach würde also der Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit zu wählen sein. Da eine absolute Mehrheit im neuen Landtag aber nicht vorhanden ist, würde das bisherige Kabinett Braun als geschäftsführende Regierung im Amt bleiben. Von kommunistischer Seite wird aber erklärt, daß für diese Unterstützung der alten Regierung gewisse Bedingungen gestellt werden, die wahrscheinlich in Form von Anträgen dem neuen Landtag vorgelegt werden.

NSDAP. zur Koalitionsregierung bereit

München, 26. April. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt u. a.: Das Ergebnis der Wahlen ist ein vernichtender Urteilspruch über das schwarze Regierungssystem aller Schattierungen, nicht nur in den Ländern, sondern auch im Reich. Und es ist andererseits ein überwältigendes Bekenntnis des deutschen Volks zur nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und zu ihrem Willen. Daß die Nationalsozialistische Partei bereit ist, dem Willen des Volks entsprechend die Regierungsvorantwortung überal dort zu übernehmen, wo

die bisherigen Regierungen geschlagen und in die Minderheit verlegt worden sind, das gilt nach dem letzten gewaltigen Wahlsieg insbesondere für das Land Preußen. Wenn man von uns Achtung vor den Gesetzen der Demokratie verlangt, die nicht wir eingeführt haben, sondern die ändern, dann sollte es in einem geordneten Staatswesen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß die schwarze Preußenregierung nach dieser katastrophalen Niederlage unverzüglich verschwindet und dieser nationalsozialistisch geführten Regierung das Feld räumen würde. Aber in Preußen spielt man politisch mit anderen Karten. Die Behauptung, die Nationalsozialisten seien trotz ihres Wahlsiegs nicht in der Lage, eine Koalitionsregierung in Preußen zu bilden, ist ein altes Manöver. Die Nationalsozialisten haben als die führende Partei der nationalen Opposition nach Sinn und Willen der Verfassung das Recht, in Preußen zu regieren. Sie wird nicht dulden, daß der erklärte Volkswille von den bisherigen völlig auf Haupt geschlagenen Machthabern vergewaltigt werde. Wir sind stark genug, um unseren geschlagenen Begnern in allen Parlamenten und öffentlichen Körperchaften das Leben sauer zu machen. In diesem unserem Willen zum Kampf und zum äußersten Widerstand gegen die Vergewaltigung der Volksrechte wissen wir uns einig mit dem Volk selbst und erklären schon heute vor aller Öffentlichkeit, daß alle Folgen, die sich aus der angekündigten Nichtachtung des Wahlergebnisses ergeben werden und müssen, auf diejenigen fallen, die dem Spruch des Volks nicht Rechnung tragen wollen, weil er gegen sie entschieden hat.

Noch eine französische Stimme

Paris, 26. April. „Journal“ vertritt die Ansicht, das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag sei als die Bekräftigung der Unzufriedenheit eines leidenden Volks auszuliegen. Die Schwierigkeiten Deutschlands seien kein Märchen. Das deutsche Volk täusche sich aber, wenn es glaube, daß die Friedensverträge die wahren Ursachen der Drangsale seien. Das deutsche Uebel sei ein inneres; es trage den Namen: „Organisierte Unordnung“.

Erklärung der preussischen Staatsregierung Neuer Landtag zum 24. Mai einberufen

Berlin, 26. April. Das preussische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai dieses Jahres einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen.

Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amt zu bleiben. Eine frühere Einberufung des Landtags als zum 24. Mai ist aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtags könnte den Termin nicht verschieben; denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, ist jetzt die Bestimmung der Abgeordneten auf der Landesliste der Entscheidung der Partei vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten.

Die Regierungsbildung in Anhalt

Deffau, 26. April. Der Führer der NSDAP. in Anhalt, Hauptmann a. D. L o e p e r, hat die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei zu einer Besprechung über die Regierungsbildung in Anhalt eingeladen. In einem Telegramm an Hitler drückt er die Bereitwilligkeit aus, gemeinsam mit den beiden genannten bürgerlichen Parteien die Regierung in Anhalt zu bilden.

Neue Nachrichten

600 000 Stimmen verdonstet

Berlin, 26. April. Abg. Profius erklärt, die Splittergruppen, die bei den letzten Wahlen fast vollständig weggefallen wurden, tragen die Hauptschuld daran, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht so stark wurde, um einen eindeutigen Rechtskurs in Preußen durchzuführen. Mindestens 600 000 Stimmen, also 12 Mandate, hätten ohne den Eigensinn und politischen Ehrgeiz einiger „Führer“ vor dem Verschwinden bewahrt bleiben können, wenn der wohlüberlegte

Vorschlag Dr. Hugenbergs, die Stimmen auf der deutsch-nationalen Landesliste zu vereinigen, angenommen worden wäre. Durch die Schuld der Westarp und Gercke (Landvolk) sei die absolute Mehrheit verhindert worden.

Haftbefehl gegen die Mörder Curtys

Berlin, 26. April. Wegen die Arbeiter Meis, Hoffmann und Schulz, die am Sonntag früh den Nationalsozialisten Kaufmann Udo Curtys erschossen haben, ist Haftbefehl wegen Mords bzw. Beihilfe erlassen worden.

Wiederaufnahme der Schanghai Waffenstillstandsverhandlungen

Paris, 26. April. Die Agentur Indo Pazifique meldet aus Schanghai, daß der englische Gesandte und der Vorsitzende der chinesischen Abordnung bei der Konferenz von Schanghai mit Vertretern der chinesischen Regierung über die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen verhandeln. Von chinesischer Seite wurde erklärt, China würde jedes Abkommen unterzeichnen, das die Gefühle des chinesischen Volks nicht verletze und den Völkerverbundbeschlüssen nicht zuwiderlaufe. Der japanische Gesandte hat seine Regierung um Weisungen wegen Wiederaufnahme der Verhandlungen ersucht.

Von der Abrüstungskonferenz

Der Hauptauschuß verlegt sich

Genf, 26. April. Im Hauptauschuß teilte heute der Vorsitzende Henderson mit, daß das Büro beschlossen habe, vom 13. bis 16. Mai eine Pflanzpause einzutreten zu lassen. Um ferner den Unterausschüssen Zeit zu geben, sich darüber zu äußern, welche Waffen für die „qualitative Abrüstung“ in Frage kommen, werde der Hauptauschuß die Sitzungen aussetzen, bis die Ausschüsse diese Arbeiten beendet haben. Mittlerweile sollen die Führer der Abordnungen sich in privaten Besprechungen über die vom Hauptauschuß noch nicht erörterten Punkte zu Artikel 1 des Konventionentwurfs zu verständigen suchen.

Aus Kreisen der deutschen Vertretung in Genf hört man, daß aus Hendersons Erklärung die Entschlossenheit der Konferenz herausgehört werden könnte, für die Abschaffung und Zerstörung bestimmter Waffen nunmehr die technischen Unterlagen zu schaffen. Dieser Eindruck sei so deutlich gewesen, daß der französische Vertreter Paul Boncour Einspruch erhob, der allerdings keine Wirkung verfehlte. Die weitere Aussprache über die Angriffswaffen wird den deutschen Vertretern in den technischen Ausschüssen die Gelegenheit geben, in jedem einzelnen Fall den nicht nur von Deutschland, sondern auch von anderen maßgebenden Mächten vertretenen Standpunkt geltend zu machen, daß das Verbot bestimmter Waffen, das Deutschland im Versailler Vertrag aufgezungen und von ihm seit Jahren durchgeführt worden ist, nunmehr zum Bestandteil eines allgemeinen Abrüstungsabkommens gemacht und dadurch auf alle anderen Mächte ausgedehnt werden muß.

Genfer Besprechungen Brüning

Genf, 26. April. Reichskanzler Dr. Brüning hat heute seine Besprechungen mit den hier weilenden Führern fortgesetzt. Er startete vormittags zusammen mit MacDonald dem amerikanischen Staatssekretär Stimson einen längeren Besuch ab. Der Reichskanzler war von Staatssekretär von Bülow begleitet. Sodann empfing der Reichskanzler den Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch. Beim Mittagessen traf sich Dr. Brüning mit den deutschen Abgeordneten zur Abrüstungskonferenz. Es verlautet, daß Lardieu am Freitag in Genf eintreffen werde. Ueber die Abreise Brüning ist noch keine Entscheidung getroffen.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Berlin, 26. April. Der britische Botschafter hat der Reichsregierung eine Note überreicht, in der angefragt wird, ob die deutsche Regierung damit einverstanden sei, daß die Lausanner Tributkonferenz am 16. Juni beginne. Gleichlautende diplomatische Noten wurden in Paris, Rom, Brüssel und Lofio überreicht.

Rumänien unter Finanzüberwachung

Bukarest, 26. April. Der Beauftragte der französischen Regierung, Rist, ist mit mehreren Sachverständigen zu längerem Aufenthalt in Bukarest eingetroffen, um die rumänische Finanzverwaltung zu untersuchen und die Möglichkeiten der Sparmaßnahmen zu prüfen und die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland festzustellen. Vor allem sollen Mittel gesucht werden, den Staatshaushalt auszugleichen. Frankreich ist zu kurzfristigen Krediten bereit, wenn es genügend Sicherheiten erhält.

manische Finanzverwaltung usw. und die Möglichkeiten der Sparmaßnahmen, Beamtenabbau u. a. zu prüfen und die Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Ausland festzustellen. Vor allem sollen Mittel gesucht werden, den Staatshaushalt auszugleichen. Frankreich ist zu kurzfristigen Krediten bereit, wenn es genügend Sicherheiten erhält.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Bauern und Gendarmen

Bukarest, 26. April. Die Bauern der Gemeinde von Salsalan bei Klausenburg, die gegen die Verstaatlichung ihres Gemeindeguts Einspruch erhoben, gerieten gestern mit der Gendarmerie in Streit. Die Gendarmen machten von der Schusswaffe Gebrauch. Zwei Bauern wurden getötet und zwei schwer verwundet. Die Bezirksbehörden haben Gendarmerieverstärkungen entsandt, um die Ruhe wiederherzustellen.

Evangelischer Landeskirchentag

ep Stuttgart, 26. April. Am Montag trat der Evang. Landeskirchentag zu einer Sitzung zusammen. Präsident D. Röcker gedachte in seiner Eröffnungsrede des Schicksals unseres hart geprüften Volks, besonders der Arbeitslosen, Verbitterten und Verzweifelten. Nach der Verpflanzung der Abgeordneten Hermann und Benzinger wurde der 1. Punkt der Tagesordnung, der Einspruch gegen die Wahl zum Landeskirchentag im Kirchenbezirk Neuenbürg mit der Feststellung des Berichterstatters Seitz erledigt, daß die vorgekommenen Verstöße gegen die Wahlvorschriften das Wahlergebnis nicht beeinflusst haben. Den Rechenschaftsbericht des Ständigen Ausschusses erstattete Dr. Rau.

Dann machte Kirchenpräsident D. Wurm bedeutsame Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Lage der Kirche. Im politischen Kampf habe die Kirche, solange nicht die Freiheit des evangelischen Bekenntnisses ernstlich gefährdet ist, nicht die Aufgabe des waffentragenden Soldaten, sondern die der Sanitätsarmee, die nicht Wunden schlägt, sondern heilt. Was die Finanzlage der Landeskirche betrifft, so sind im Vergleich zu den Zahlen des Haushaltsplans 1930-31 Bedarf und Deckungsmittel um 3 Millionen zurückgegangen, der ungedeckte Bedarf ist um fast 400 000 Mark gestiegen. Die Mittel für Baubeiträge an Kirchengemeinden mußten um 350 000 Mark gekürzt werden. Im kirchlichen Leben der Gemeinden steht sich der Gedanke der aktiven Gemeinde immer mehr durch. Kirchengemeinden und freie Organisationen haben in ihrer Liebesarbeit gewaltig in der Bekämpfung der durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Schäden. Durch den Devalve-Skandal wurde das Vertrauensverhältnis zwischen Kirchengemeinde, Kirchenleitung und Innerer Mission in Württemberg erfreulicherweise nicht gestört.

Die durch Oberkirchenrat Dr. Schauffler gegebene Erläuterung zum Entwurf des kirchlichen Haushaltsplans 1932-33 ließ das Streben nach strengster Sparsamkeit erkennen. Der Entwurf schließt mit einem Abmangel von zusammen 1 049 000 Mark für beide Jahre ab. Er soll in Höhe von 700 000 Mark aus dem Geistlichen Unterstützungsfondstock gedeckt werden, der Rest aus den vorhandenen Rücklagen. Der Rückgang der Einnahmen beträgt bei den Staatsleistungen rund 2 Millionen, bei der Landeskirchensteuer 1 350 000 Mark. Schärfste Drosselung der Ausgaben ermöglichen für 1932 eine nicht unwesentliche Erleichterung der landeskirchlichen Steueranforderung. Die Gehälter und Pensionen sind den staatlichen Vorschriften gemäß um 20-21 Prozent gekürzt. Die Pfarr- und Dekanatsstellen nehmen 67 Prozent des gesamten Aufwands, die Pensionen und Unterhaltungen 24,1 Prozent, das Stifft und die Seminare 2,85 Prozent in Anspruch. Mittel für neue Kirchenstellen sind im neuen Haushaltsplan nicht eingeplant und der Plan für Baubeiträge an Kirchengemeinden ist auf den 4. Teil herabgesetzt.

Württemberg

Stuttgart, 26. April.

Die Frauen im neuen Landtag. Dem neuen Landtag werden vier Frauen angehören, davon eine beim Zentrum, Frau Luise Rist, Professors-Witwe in Stuttgart und Vorsitzende des kath. Frauenbunds in Württemberg, zwei bei der Sozialdemokratie, Frau Sophie Döring, Gewerkschaftsangestellte in Stuttgart, und Frau Emilie Hiller, Wirtsgattin in Heilbronn, und eine bei den Kommunisten, Frau Walther-Stuttgarter. Letztere zieht neu in den Landtag ein, während die ersten drei dem Landtag schon bisher angehört. Ausgeschieden ist aus dem Landtag die deutsch-nationale Abgeordnete Frau Klara Klob, Generalmajorsgattin in Buoeh Dtl. Waiblingen.

daß ihrer Wahl ein huldvolles Wort der Billigung von Seiner Durchlaucht gewidmet werde, das sei ihre Bitte. „Das ist doch ein jäher Sturz vom Himmel auf die kahle, harte Erde!“ seufzte Karl August zur Seite hin.

„Gewiß wird mein Vater fürs erste nicht anders denken, so hoch wie er mit mir hinaus wollte. Aber der Herzog — was habe ich bei ihm für mein Verlangen zu hoffen?“

Leonore wartete umsonst auf die Antwort. Der Herzog stemmte seine Hände gegen die Anie. „Rascher und über hätte es ihn nicht enttäuschen können!“ murmelte er leise in sich hinein, dann schien er hämisch zu lachen. Das Fräulein eilte bestürzt zu ihrem Gast hin, der sie so finster und verglast anstarrte, daß sie mit Schreden fragte: „Was hab' ich denn aber nur angerichtet? Oder hätte Bilmig etwas mit Ihnen gehabt, was Sie wider ihn empört? Es müßte auf einem schänden Verstum beruhen, von dem der Junge keine Ahnung hat.“

„Auf einen Irrtum läuft eben alles hinaus“, antwortete der Herzog.

„Doch nicht auch mein Vertrauen zu Ihnen? Womit könnte ich das denn verfehrt haben?“

„Mit nichts, Leo“, gab endlich der Herzog in einem sanfteren Ton zurück. „Aber erlauben Sie mir einige freie Atemzüge am Fenster, mein Schwindel wird dann bald vorübergehen. — Was Sie bei Karl August suchen, sprach er, nach einer kurzen Pause das Fenster schließend, „daß wird er Ihnen unbedingt gewähren: eine persönliche Auszeichnung für den Mann, den Sie durch Ihre Wahl auszeichnet. Dazu ein Fürwort beim Freiherrn, wenn dieses nötig wird.“

„Aber, Leo“, fuhr er dann fort, „wäre es nicht besser Sie überließen sich nicht mit Ihrer Heirat? Herr von Bil-

ltschaffer Sadiet in Stuttgart. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sadiet, und seine Frau, sind gestern abend nach der Feier der Ehrenpromotion in Tübingen nach Stuttgart gefahren und im Hotel Marquardt abgestiegen.

Besuch des amerikanischen Botschafters. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der amerikanische Botschafter Sadiet hatte im Anschluß an seinen Tübingen Aufenthalt zusammen mit seiner Gemahlin heute der württembergischen Regierung in Stuttgart einen Besuch ab. Am 1 Uhr fand im Staatsministerium zu Ehren der Gäste im ersten Kreis ein Essen statt. Im Lauf des Nachmittags besuchte der amerikanische Botschafter in Begleitung seiner Gastgeber das berühmte Kloster Maulbronn. Gegen 7 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Stuttgart. Nach einer kleinen Erfrischung, die im Bahnhofsturm eingenommen wurde, traten Herr und Frau Sadiet mit ihrer Begleitung die Rückreise nach Berlin an.

Maifeiern. Das Innenministerium hat für den 1. Mai d. J. eine Ausnahme von seiner Verordnung über Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel vom 30. März d. J. (Staatsanzeiger Nr. 73) insofern zugelassen, als außer Versammlungen in Waldheimen auch Versammlungen in sonstigen abgegrenzten Plätzen einschließlich der Wirtschaftsgärten allgemein stattfinden dürfen; die Anmeldepflicht nach § 1 der Ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 bleibt unberührt. Weitere Ausnahmen sind hinsichtlich der politischen Veranstaltungen nicht gestattet, insbesondere dürfen keine politischen Umzüge abgehalten werden.

Lernmittelfreiheit an den Volksschulen. In einem Erlass des Kultministeriums wird auf Art. 19 der 3. Notverordnung des Staatsministeriums über das Schulgeld hingewiesen. Die Änderung gegenüber den bisherigen Bestimmungen über die Lernmittelfreiheit besteht darin, daß die Gemeinden nicht mehr verpflichtet sind, alle Schüler mit den notwendigen Lernmitteln zu versehen, sondern nur noch diejenigen, für welche ein begründeter Antrag gestellt wird. Das Recht der Gemeinden, die Lernmittel auch ohne Antrag zu leihen, ist nicht beseitigt worden, weil das Staatsministerium davon ausging, daß angesichts der Lage der Finanzen und der Wirtschaft die Gemeinden von sich aus alle Ausgaben unterlassen werden, die nicht notwendig sind. Gemeinden, die diesem Grundsatz zuwiderhandeln, müssen damit rechnen, daß ihnen keine Beiträge zu den Lehrergehältern gegeben werden.

Schulgeordnet. Eine Verordnung des Kultministeriums vom 1. April trifft Bestimmungen über das Schulgeld an öffentlichen Schulen. Die Verordnung gilt für folgende öffentliche Schulen: 1. Pflichtschulen: Gewerbe- und Handelsschulen; 2. Schulen mit freiwilligem Schulbesuch: höhere Schulen, höhere Handelsschulen, Mittelschulen, Frauenarbeitschulen.

Warum kostet ein Doppelbrief nicht 24 Pfennig. Auf die Anfrage einer Handelskammer, warum ein 20 Gramm übersteigender Brief nicht 24 (das Doppelte des einfachen Briefs), sondern 25 Pf. koste, hat die Reichspost geantwortet, für den Satz von 25 Pfennig sei in erster Reihe maßgebend gewesen, daß die Herstellung einer neuen Marke im Wert von 24 Pf. unnötig gemacht werde. Außerdem betrage die Gebühr für den einfachen Auslandsbrief 25 Pfennig, so daß entsprechende Marken im allgemeinen wohl in jedem größeren Bürobetrieb vorhanden seien. Auch könnten fehlende 13 Pf. leicht durch Markenwerte anderer Art ergänzt werden.

Studenten dürfen billiger fliegen. Die Deutsche Luftkassena gewährt auch in diesem Jahr Studierenden der Universitäten und der Hochschulen eine Flugpreisermäßigung auf Grund eines besonderen Antrags, der bei den Universitäten, Hochschulen usw., oder bei den Dienststellen der Luftkassena erhältlich ist. Die Studierenden zahlen den Eisenbahnfahrpreis dritter Klasse Schnellzug. Die Beförderung der Studierenden erfolgt nach Maßgabe verfügbarer Plätze am Abgangsflughafen.

Graphische Sammlung. Königsstr. 32 (ehemaliges Kronprinzenpalais). Die Hans-Otto-Schoenleber-Ausstellung ist am Sonntag, den 1. Mai zum letztenmal geöffnet.

Roskreuztag 1932. Seit einer Reihe von Jahren wird in allen Kulturstaaten der Welt einmal im Jahr ein Tag festgelegt, an dem durch Veranstaltungen verschiedener Art um das Verständnis für die großen und menschenfreundlichen Aufgaben des Roten Kreuzes geworben werden soll. Mit dieser Aufklärungsarbeit ist regelmäßig eine Sammlung verbunden. Dieser Roskreuztag findet in Württemberg in diesem Jahr am Sonntag, 22. Mai, statt. Das Innenministerium hat mit Erlass vom 22. Februar d. J. für diesen Tag und für den vorhergehenden Samstag, 21. Mai, die Sammelerlaubnis für das ganze Land erteilt. Mögen auch diesmal wieder sich viele offene Herzen und offene Hände finden!

Leonore kommt nach Weimar

Ein Goethe-Roman von R. Heller
bearbeitet von Th. Scheffer

Copyright 1930 by Romandienst „Digo“ Berlin W 30.

25. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Das klang zwar wie Roman, aber doch nicht wie der rechte. „Welche jungen Leute sollen wir noch zusammenbringen?“ fragte Karl August.

„Ihre Leo selbstverständlich“, erörterte das Fräulein, „und einen kreuzbraven Beter, den Herrn von Bilmig, kurmainzischen Leutnant und sonst ohne Rang und Gehalt. Er rühmt sich, daß ihm der Herr Legationsrat persönlich bekannt worden und freundlich begegnet seien. Aber nun wird sein Regiment aufgelöst. Der Statthalter von Dollberg kann ihn nicht halten. Seine Stelle wird eingezogen.“

Leonore war in diesem Augenblick viel zu ausschließlich mit sich selbst beschäftigt, als daß sie den Eindruck beobachtet hätte, den ihre Erzählung auf den Zuhörer machte. Sie fuhr ruhig fort:

„So gut ich ihn nun auch kannte, so hat er mir's doch herzlich schwer gemacht, bis ich seiner Liebe auf den Grund schauen konnte. Weil er arm sei, glaubte er verzichten zu müssen. Heute morgen aber haben wir uns miteinander versprochen.“

Der Herzog hatte sich unter diesen Worten abgewendet. Leonore fügte hinzu, daß es ihr nur darum zu tun sei, ihren Verlobten dem Vater in einer annehmbaren Verfassung vorzustellen. Seine Durchlaucht solle kein kostspieliges Hofamt ihrerwegen neu begründen, nur daß dem Ehrgeiz des Vaters in etwas genügt, daß ein Schein über den Beter verbreitet werde, der dessen Armut verhülle, und

mit ihm ein verständiger Mann, ein hübscher, das räum ich ein, und er hat den Vorteil seiner Betterschaft wahrzunehmen gewußt, was ich ihm nicht vererge. Aber es gibt so viele unglückliche Ehen!“

„Hier in der Stadt vielleicht mag es öde um manche Familie stehen, wie Sie sagen“, entgegnete das Fräulein. „Aber wir auf dem Lande draußen sind anderer Art, und für uns besitzt die Ehe noch ihr Recht nicht allein — auch unsere Wohlfahrt suchen wir darin. Dazu bin ich es nicht, welche zuerst den Gedanken gefaßt hat, daß die Zeit herangenahet sei, wo ich verheiratet werden sollte. Nein, der Vater trifft die Anstalten, mir einen Mann zuzuführen. Da verteidigte ich mich denn nur gegen den unerwünschten Bewerber, indem ich den Geliebten an seine Stelle zu bringen suchte.“

„Das ist außerordentlich klar“, räumte der Herzog ein, „aber um die Zweckmäßigkeit handelt es sich doch noch. Herr von Bilmig kenne ich nicht so genau, aber ich kenne Sie, und Ihnen hätte ich den ersten Mann des Herzogtums gegönnt! Den ersten!“

„Als ob der Mann, den wir lieben jemals der letzte des Herzogtums wäre. Mir ist mein Ludwig, der erste seines ganzen Geschlechts.“

(Fortsetzung folgt).

RHEUMA Ischias, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Gicht!

Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe! (Ich verkaufe nicht.)

Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden A 271

Stuttgart, 26. April. Ein Irrtum bei Feststellung des Wahlergebnisses. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, ist dem Innenministerium beim Auszählen der Stimmen ein Fehler unterlaufen. Beim Bauernbund ist nämlich nicht, wie irrtümlich gemeldet, der bisherige Abgeordnete Landwirt Gottlob Ruchler aus Erailsheim, sondern der bisherige Abgeordnete Landwirt Gottlieb Schmid aus Schödingen O. A. Leonberg wiedergewählt worden. Ruchler gehört somit zu den Abgeordneten, die aus dem Landtag ausscheiden.

Hohes Alter. Der frühere Professor am Dillmann-Realschulungsinstitut, Professor Dr. Heinrich Georgi, vollendet am 27. April das 90. Lebensjahr. Der einst hochgeschätzte Lehrer erfreut sich noch ungewöhnlicher geistiger Frische.

Krankheitsstatistik. In der 15. Jahreswoche vom 10. bis 16. April 1932 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 21 (tödlich —), Rindpestfieber 4 (—), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfes sowie anderer Organe 9 (44), Scharlach 28 (—), Paratyphus 1 (1).

Bei einer württ. Ministerialabteilung 123 000 Mark unterschlagen. Bei der Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau kamen vom Mai 1924 bis Mai 1926 schwere Verfehlungen vor, die jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht waren. In nur zwei Jahren konnte der je 57 A. a. Rechnungsrat a. D. Karl Wille von Stuttgart aus der von ihm geführten Kasse 123 000 Mark für seine Privatbedürfnisse entnehmen, ohne daß von der Rechnungskammer eine Beanstandung bei den Revisionen erfolgte. Der Angeklagte bediente sich zur Verschleierung seiner verbotenen Kasseneingriffe teilweise raffinierter Falschbuchungen und sonstiger Fälschungen, darunter auch der Unterschrift des Präsidenten Cuting. Trotzdem hätte bei gründlicher Nachprüfung eine Aufdeckung erfolgen müssen. Die Unterschleife kamen erst durch die vor etwa einem Jahr eingeführte neue Staatskassenordnung auf.

Der im Jahr 1927 pensionierte Angeklagte war nach seiner Zurückkehrung einige Zeit Geschäftsführer der kath. Siedlungsgemeinschaft „Familienheim“, wo er 25 000 Mk. veruntreute, was im Oktober 1930 mit 1 1/2 Jahren Gefängnis geahndet wurde, die der Angeklagte zur Zeit verbüßt. Unter Anrechnung der bereits gegen ihn ausgesprochenen Gefängnisstrafe wurde der in vollem Umfang geständige Angeklagte nunmehr zu der Gesamtschuldbausstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten sowie zu 5 Jahren Ehrverlust und zu der Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Aus dem Lande

Ehlingen, 26. April. Neuer Dampftriebwagen. Seit einigen Tagen verkehrt ein Dampftriebwagen aus der Ehlinger Maschinenfabrik auf der Strecke Ehlingen-Ulm, der wegen seiner außergewöhnlichen Größe und Leistungsfähigkeit allgemein beachtet wird.

Zuffenhausen, 26. April. Diamantenes Eheulikum. In aller Stille haben am Sonntag Friedrich Kretzler und seine Ehefrau Luise geb. Blind ihre diamantene Jubelhochzeit gefeiert. Im engsten Familienkreis wurde des Tags gedacht, da sie sich vor 60 Jahren in Eutendorf, der Heimat der damals 24jährigen Braut die Hand zum Bund fürs Leben gaben. Der Kirchenpräsident ließ seine Segenswünsche übermitteln und dem Jubelpaar ein Schmuckgesamtpaket überreichen, nachdem schon zuvor das Glückwunschschreiben und die Gabe des Staatspräsidenten überbracht worden waren. In Hall hatte die Familie Kreutzler ihren Wohnsitz bis 1920, dem Jahr ihrer Heirat, abgelebt.

Erschossen aufgefunden. — Rührende Treue eines Hundes. In seinem Dienstrevier unweit der Staatsstraße nach Kornwestheim wurde ein Feldpolizei-Wachmeister, der erst kurze Zeit verheiratet war und hier seinen Wohnsitz hatte, erschossen aufgefunden, bewacht von seinem treuen Hund, der längere Zeit niemand an die Leiche lassen wollte. Es liegt zweifellos Selbstmord vor, für dessen Grund man jedoch nicht den geringsten Anhaltspunkt hat.

Horrheim, O. A. Vaihingen, 26. April. Weinmorchel. Im Weinberg des Lindenerwirts Abel wurde eine Weinmorchel gefunden. Das Vorkommen der Weinmorchel deutet bekanntlich auf ein gutes Weinfahr hin.

Murrhardt, 26. April. Motorrad dieb. Nachts wurde ein auswärtiger junger Mann festgenommen, der erst vor 14 Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war. Ein Motorrad, das er drei Tage zuvor in Stuttgart gestohlen hatte, wurde sichergestellt und dem Eigentümer wieder übergeben.

Dörzbach, O. A. Künzelsau, 26. April. Tödlich überfahren. Der Jerusalempilger Johann Scheiteler wurde am Sonntag von einem Auto überfahren, das ihn erbarmungslos auf der Landstraße liegen ließ. An den schweren Verletzungen ist der Verunglückte noch in der Nacht gestorben.

Freudenstadt, 26. April. Falschmünzer. Hier wurde ein 28jähriger verheirateter Schreiner verhaftet, der mit Blei und Zinn falsche Zweimarkstücke herstellte. Von den Fälschungen sind bis jetzt angeblich nur sieben durch den Schreiner und einen Freund desselben in Freudenstadt und Alpirsbach ausgegeben worden. Fünf Stücke sind wieder beigebracht. Beide Schuldige wurden verhaftet.

Welzheim, 26. April. Der flüchtige Täter noch nicht gefunden. Die Nachforschungen nach dem Täter, der am 21. April abends die alleinstehende 67 J. a. Frau Adis ermordet und beraubt hat, haben bis jetzt noch nicht zum Ziel geführt. Dem Vernehmen nach soll der Mörder in der ersten Nacht nach der Tat in einem Stuttgarter Jugendvereinshaus genächtigt haben. Im Kopfhair des Täters befinden sich kahle Stellen, die das Aussehen haarloser Narben haben. Es sollen sich in der Haarwirbelgegend zwei bis drei solche Stellen, etwa ein halber Zentimeter breit und einige Zentimeter lang, befinden. Die große Wahrscheinlichkeit, daß es sich um einen Pfälzer handelt, bleibt bestehen. Möglicherweise hat sich der Täter außer dem Bargeld auch einen kleinen silbernen Damensringerring von unbedeutendem Wert, in der Mitte mit rotem, links und rechts davon je mit blauem Steinchen besetzt, angeeignet. Sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, an nächste Polizeiober- oder Landjägerstelle, in Stuttgart an die Kriminalabteilung Wächterstr. 37, 1. St., Zimmer 26, erbeten.

Bad Mergentheim, 26. April. Schenkung. Eine historisch wertvolle Gabe hat die Stadt den hiesigen Schulen durch das Stadtratsbüro überweisen lassen. Es ist dies eine ausgezeichnete photographische Nachbildung des Originals der Stadtrechtsverleihungsurkunde des Kaisers Rudolph des

Bayern vom Jahr 1340 an den Markt Mergentheim. Die Tafel soll zugleich Unterrichtsgegenstand dienen.

Ohnastetten O. A. Urach, 26. April. Tödlicher Sturz. Im Uracher Krankenhaus starb Postbote Christian Gehler an den Folgen eines Sturzes in der Scheuer. Seine Leiche wurde von seinem Bruder und seinem Schwager abgeholt und auf demselben Weg über Sirchingen, Uffingen, Weichstetten, Würtlingen, den der Tote als Postbote jahrelang in treuester Pflichterfüllung so oft zurückgelegt hatte, in die Heimat geführt. Überall hatte sich die Bevölkerung um den Verunglückten und bei der Durchfahrt durch Weichstetten, Würtlingen und Ohnastetten lautete die Klage.

Tübingen, 26. April. Glückwunschelegramme. Während des Rektoratesessens, an dem auch der Ehrendoktor der Universität Postbote Dr. Sackett teilnahm, ging von Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Glückwunschelegramm ein: „Dem Ehrendoktor der Universität Tübingen sende ich herzliche Glückwünsche und gedenke dabei dankbar seines freundschaftlichen und erfolgreichen Wirkens in Deutschland. Brüning.“ — Ferner landte der Schwabenverein in Neuyork ein Glückwunschelegramm an Postbote Dr. Sackett und betonte dabei die enge Verbundenheit der in Neuyork lebenden Schwaben mit der alten Heimat.

Spaichingen, 26. April. Schwindler als Finanzbeamter. Am Freitag wurde in der „Kofe“ in Dürbheim durch Landjäger Huber ein sehr elegant gekleideter 34 J. a. Mann festgenommen, der im „Lamm“ in Hofen und in der „Krone“ in Balgheim als Beamter des Finanzamts Tuttlingen sich vorgestellt hatte. An letzterem Ort verlangte er eine Rückzahlung von 15,40 Mark, die er gleich mitnehmen wollte. Da man erst vor einigen Tagen auf dem Finanzamt war, hatte er mit seiner Forderung kein Glück, so daß es beim Versuch blieb. Auch im „Lamm“ in Hofen war man mißtrauisch und verlangte einen Ausweis, den er aber nach langem Suchen nicht fand und dann ging. Der Verhaftete wird sich wegen Amtsanhörung und Betrugsversuch zu verantworten haben.

Göppingen, 26. April. Brandstiftung. Am Sonntagabend wurde in einem landwirtschaftlichen Anwesen in Uffingen ein in der Scheune stehender und mit Stroh beladener Wagen in Brand gesteckt. Der hinzugekommene Sohn des Hausbesizers zog den brennenden Wagen auf die Straße, so daß ein Heberreifen des gefährlichen Feuers auf die Innenräume des Hauses vermieden wurde. Der Besitzer des Anwesens, der den Brand aus bis jetzt noch nicht geklärten Gründen selbst geleitet hatte, wurde festgenommen und ins Amtsgerichtgefängnis Göppingen eingeliefert.

Ulm, 26. April. Historische Gaststätte. An der historischen Gaststätte zur „Sonne“, früher Junkhof der Ulmer Schiffsleute, wurde von der Stadtmauer aus ein Treppenaufgang geschaffen. In diesem Gasthof hatte 1754 der Werbeoffizier Friedrich des Großen sein Werbebüro. Den Kriegsobersten, Fröndberg, Ulrich von Hutten und Sickingen wurde bei ihrem Einzug in Ulm durch das Herdruckerort an der „Sonne“ der erste Trunk gereicht. Georg von Sturmfeder, der Held in Hauffs „Lichtenstein“, verkehrte manchmal in der „Sonne“; er hatte nur wenige Schritte dorthin, weil das Haus der „Weseler von Thalingen“, in dem er oft abstieg, ganz nahe war.

Aus der Zeitungswelt. Vom 1. Mai an wird das nationalsozialistische Blatt „Ulmer Sturm“ täglich erscheinen.

Neu-Ulm, 26. April. Lebensrettung. Das Töchterchen des Oberkellners Buhengeiger von hier spielte mit anderen Kindern in einem Kahn an der Donau. Die Unvorsichtige bekam das Uebergewicht und fiel ins Wasser. Der verheiratete Vorarbeiter Anselm Lehle rettete das Mädchen aus der Donau.

Biberach, 26. April. 500jähriges Rathausjubäum. Das alte Rathaus, das 1432 unter dem Namen „neue Rezig“ erbaut wurde, begeht heuer das 500-jährige Jubiläum seines Bestehens.

Aus Bayern, 26. April. Ein schweres Gelübde. Ein 38 J. a. Wallfahrer aus Nittenau in der Oberpfalz, Teilnehmer des Weltkriegs 1914/18, lag 11 Tage im Starrtrampf. Dabei machte er das Gelübde, ein 1 1/2 Jtr. schweres Kreuz nach Altötting zu tragen, wenn er genes. Nun befindet er sich auf dem Weg, sein Gelübde zu erfüllen und trägt ein 164 Pfund schweres Birkenkreuz nach Altötting. Bis 5. Mai hofft er dort zu sein, da an diesem Tag auch seine Landesteute dahinkommen. Am Tag geht er ungefähr 7 Kilometer.

Dormettingen O. A. Rottweil, 26. April. Brand. Am Sonntagabend brach im Anwesen des Karl Weinmann hier Feuer aus, das sich in kurzer Zeit auf das ganze Wohn- und Ökononomiegebäude ausdehnte. Das Gebäude ist völlig niedergebrannt und mit ihm große Inventarwerte. Das Feuer entstand auf dem Heuboden, wahrscheinlich durch Funkenflug des dort aufgestellten Motors einer landwirtschaftlichen Maschine.

Schuffenried O. A. Waldsee, 26. April. Ein interessantes Wahlergebnis. Bei der Landtagswahl wurde hier nach Männern und Frauen getrennt abgestimmt. Dabei erhielt das Zentrum im Wahllokal der Männer 314, in dem der Frauen 517 Stimmen. Die Männer gaben 160 Stimmen den Nationalsozialisten, während die Frauen für die Nationalsozialisten 63 Stimmen abgaben.

Wangen, 26. April. Ein Muster der Wahlpflichterfüllung. Bei der Landtagswahl hatte der Bezirk Wangen wiederum, wie bei der zweiten Reichspräsidentenwahl die stärkste Wahlbeteiligung mit 79,76 Prozent von allen württembergischen Oberamtsbezirken aufzuweisen. Dies verdient um so mehr Beachtung und Anerkennung, als diesmal in dem parzellierten Bezirk die vielfach mehrere Kilometer weiten Strecken zum Wahllokal bei schlechtem, regnerischem Wetter zurückgelegt werden mußten.

Lettnang, 26. April. Todessturz eines Nachtwandlers. In Hiltenweiler wurde am Samstagabend der 31 J. a. ledige Metzger Ernst Forster aus Scheidegg vor der Wirtschaft von Junker zum „Engel“, wo er sich zum Ueberrichten ein Zimmer hatte geben lassen, tot aufgefunden. Der Tod dürfte durch Bruch der Wirbelsäule eingetreten sein, und es ist wahrscheinlich, daß er in einem solchen Zustand aus dem Fenster gefallen ist. Der Sektgesellschaft des Forster hat von dem Vorfall nichts wahrgenommen.

Vom bayer. Allgäu, 26. April. Opfer des Bierlings. Der Hilfsarbeiter Leonhard Böhm von Rempten bezahlte in einer dortigen Bäckerei ein Stück Brot mit einem Geldstück, das die Bäckerin für eine Mark hielt und entsprechend herausgab. In Wirklichkeit war es ein neues Bierpfennigstück, das mit einer Masse überzogen war und den

Eindruck eines Markstücks machte. Böhm bestitt die Bäckerei des Betrugs, das Gericht war aber anderer Ansicht und verurteilte ihn zu 1 Monat Gefängnis.

Die Fasnereinfuhr aus Frankreich. Die Einfuhr französischer Furniere nach Deutschland begegnet keiner Hemmung. Diese Einfuhr ist aber nicht nur überflüssig, da die deutsche Bevölkerung sich mit Furnieren deutscher Herkunft bedienen kann, sondern sie ist vor allen Dingen ungerecht, weil die Herstellung dieser Furniere hierzulande ebensogut erfolgen könnte, wodurch unsere Furnierwerke einen erheblichen Zuschuß zu ihrer mangelhaften Beschäftigung erlangen würden. Gegenüber den Franzosen ist aber besonders energisch auf die Verhinderung der Einfuhr ihrer Furniere hinzuwirken, da die französische Regierung die Einfuhr deutscher Furniere unendlich gemacht hat.

Lokales.

Wildbad, den 27. April 1932.

Militärverorgungsgebühren kommen am Freitag, den 29. April, Versicherungsrenten am Samstag, den 30. April beim Postamt zur Auszahlung.

Neuenbürg, den 25. April. Am vergangenen Samstag fand in Neuenbürg im Rathausaal die ordentliche Frühjahrsversammlung des Ausschusses der Allgem. Ortskrankenkasse Neuenbürg statt, bei welcher der Ausschuß nahezu vollständig versammelt war. Zur Beratung und Beschlußfassung stand der von Verwaltung und Vorstand aufgestellte Voranschlag für das Jahr 1932. Dieser sieht an Ausgaben 583 000 Mk vor, das sind 143 000 Mk oder 19,75% weniger, wie der Voranschlag von 1931. Die Ausgabenfenkungen auf allen Gebieten haben diesen Rückgang verursacht. Wesentlich sind aber auch die Beitragseinnahmen im Jahre 1931, sie sind um 147 000 Mk hinter dem Voranschlag von 1931 zurückgeblieben, das sind mehr als 19%. Die voranschlagsmäßigen Einnahmen sind berechnet aus einem Beitragssatz von 6 1/2% d. h. es sollen die Beiträge um 1/4tel Prozent gesenkt werden. Daher ergibt sich ein Abmangel von 16 000 Mk der aus dem Geldvermögen zu decken wäre. Es ist zudem sehr fraglich, ob die im Voranschlag angenommenen Beiträge auch wirklich eingehen. Die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage im Kreisbezirk Neuenbürg, die Lohnsenkungen, Arbeitszeitverkürzungen, Betriebsstillelegungen usw. beeinflussen die Beiträge sehr stark und gestatten keine weitere Beitragssenkung, wenn nicht die Leistungsfähigkeit der Kasse auf das Stärkste gefährdet werden will. Der Mitgliederstand der Kasse setzt sich zurzeit zusammen aus: 29% Arbeitslose, 34% freiwillige Mitglieder und der Rest mit 37% steht in einem Arbeitverhältnis (Arbeiter, Lehrlinge, Dienstboten, landwirtschaftlich Beschäftigte usw.). Es ist vollkommen unmöglich, von diesen Personenzahlen mit ihren gesunkenen und verkürzten Lohn- und Einkommensverhältnissen ein höheres Beitragsaufkommen zu erwarten. Dagegen ist die Inanspruchnahme der Kasse, hervorgerufen durch die schlechten wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse der Versicherten, stärker wie je zuvor, weshalb es Pflicht der Kassenorgane ist, in erster Linie die Leistungsfähigkeit der Kasse zu sichern, damit den Versicherten vorkommendenfalls die Kassenleistungen unter allen Umständen gewahrt werden können und sie nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen müssen. In der Beratung des Voranschlags durch den Ausschuß werden teilweise Stimmen laut, die vor einer weiteren Ermäßigung des Beitragssatzes angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage dringend abraten; jedoch wird einstimmig beschlossen, den Voranschlag anzunehmen und die Beiträge mit Wirkung vom 1. Mai 1932 ab weiter zu senken und auf 6 1/2% festzusetzen. Weiter wird noch beraten der Rechnungsabluß des Erholungsheims „Korbmatfelsenhof“ von 1931, der einen Betriebsüberschuß von Mk 16 066,16 aufweist, von dem jede der 3 Verbandsstellen Calw, Nagold und Neuenbürg den Betrag von 5 000 Mk als Zins und Rückvergütung ausbezahlt erhielt. Es war teurerlei Zuschuß zum Betrieb des Erholungsheimes zu leisten und die Schulden sind nun vollständig abgedeckt. Für das Jahr 1932 sind die Auswärtigen für das Heim nicht besonders günstig, da die Belegung desselben stark zurückgegangen ist, was auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen werden muß. Es wird daher alles unternommen werden müssen, um die Erholungsheimsfürsorge, welche eine der wertvollsten Leistungen unserer Kasse darstellt, die schon vielen Versicherten Gesundheit und neuen Lebensmut brachte, aufrecht zu erhalten. Nachdem noch einige kleinere Verwaltungsgegenstände beraten und verschiedene Anfragen aus der Mitte der Versammlung beantwortet wurden, schließt der Vorsitzende Chr. Pfaff, Calmbach, nach 3 1/2 stündiger Dauer die Sitzung mit Worten des Dankes an die Erschienenen und der Mahnung auf treue Mitarbeit, damit die legensreiche Sozialversicherung, wenn auch mit erheblichen verkürzten Leistungen, erhalten bleibt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Prinz August Wilhelm Abgeordneter. Unter den 162 neu gewählten nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtags befindet sich auch Prinz August Wilhelm von Preußen.

Aufhebung der Schließung eines NSDAP-Heims. Die Schließung des Deutschen Hauses der NSDAP in Oberhausen am Niederrhein ist aufgehoben worden.

Eine badisch-pfälzische Briefmarkenausstellung findet vom 7.-9. Mai in Mannheim statt. Sie hat jetzt schon eine über Erwartungen große Beschäftigung aufzuweisen. Reichspräsident von Hindenburg, die Stadt Mannheim und der Verkehrsverein Mannheim und andere haben Ehrenpreise zur Verfügung gestellt.

Eine Tabaksmugglerbande verhaftet. Die Zollfahndungsstelle in Wandersbeck bei Hamburg hat eine vierköpfige Tabaksmugglerbande, die in sechs Tagen 23 Zentner Tabak von Holland hereingebracht haben soll, festgenommen. Ein Zollbeamter wußte sich das volle Vertrauen der Bande zu erringen und wurde als fünfter Mann eingereicht. Nachdem er mehrere Züge mitgemacht hatte, benachrichtigte er die Fahndungsstelle. Die Schmuggler wurden völlig überrocht.

Einsturz des Neuser Römerturms. Der Römerturm hinter dem Obertor in Neuss (Reg.-Bez. Düsseldorf), ein historisches Baudenkmahl, ist plötzlich zusammengefallen. Bei dem Einsturz fiel ein großer Teil des Gerüsts gegen die Rückwand des Obertorklosters der Augustinerinnen. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Das kleine Kloster mußte geräumt werden.

